

Ausschreibung

eines

**externen Dienstleisters für die
Etablierung der Landesauszeichnung
Fußgängerfreundliche Kommune
Baden-Württemberg**

**Auftraggeber: NVBW – Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH
Wilhelmsplatz 11
70182 Stuttgart**

10.06.2021

Inhaltsverzeichnis

Teil A: Allgemeine Grundsätze der Ausschreibung	4
1. Grundlagen der Ausschreibung	4
2. Gegenstand und Ziel der Ausschreibung	4
2.1 Ausgeschriebene Leistung	4
2.2 Losbildung	5
2.3 Zeit / Ort	5
2.4 Vergütung	5
2.5 Vertragsbedingungen	5
3. Ausschreibungsbedingungen	6
3.1 Grundlagen	6
3.2 Bestimmung über die Einsendung und Abgabe der Angebote	6
3.3 Mitteilung von Unklarheiten in den Verdingungsunterlagen	7
3.4 Zuschlagskriterien	7
3.5 Nebenangebote und Änderungsvorschläge	8
3.6 Erstattung von Aufwendungen	8
4. Formale Anforderungen an die Angebote	8
4.1 Abgabe in deutscher Sprache	8
4.2 Notwendiger Angebotsinhalt (Liste der vorzulegenden Unterlagen)	8
4.3 Vollständigkeit des Angebotes	10
4.4 Bindefrist	10
4.5 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen	10
5. Anforderungen an den Bieter, Nachweis der Eignung	10
5.1 Ausschlussgründe	10
5.2 Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	11
5.3 Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Erfahrung und Zuverlässigkeit	11
5.4 Bietergemeinschaften	11
5.5 Subunternehmer	12
5.6 Nachweise	12

Teil B: Leistungsbeschreibung	13
6. Gegenstand und Ziel der Ausschreibung	13
7. Arbeitspakete	15
AP 1: Projektsteuerung	15
AP 2: Besprechung mit dem Auftraggeber und weiteren ausgewählten Akteuren	15
AP 3: Einberufung eines Expertenkreises	16
AP 4: Entwicklung des Prüfverfahrens	16
AP 5: Unterstützung bei der Kommunikation und bei Anfragen	17
AP 6: Erstellung einer Pressemitteilung	17
AP 7: Informationsveranstaltung zur Landesauszeichnung für AGFK-Kommunen	18
AP 8: Aufbau einer qualifizierten Prüfkommision	18
AP 9: Teilnahme an Sitzungen der Prüfkommision	19
AP 10: Prüfung und Bewertung der Unterlagen einer Erstantragskommune	19
AP 11: Teilnahme an einer kommunalen Präsentation	20
AP 12: Erstellung eines Prüfberichts an die Kommune	21
AP 13: Anpassung und Optimierung des Prüfverfahrens	22
AP 14: Unterstützung bei Vorbereitung und Durchführung der Auszeichnungsfeier	22
AP 15: Herstellung einer Präsentation zur ausgezeichneten Kommune	23
AP 16: Herstellung eines Zertifikats und eines Logo-Sets	23
AP 17: Moderation der Auszeichnungsfeier	23
AP 18: Fotograf für die Auszeichnungsfeier	24
AP 19: Externer Referent für die Auszeichnungsfeier	24
AP 20: Übergabe des Verfahrens an ein nachfolgendes Fachbüro	24
8. Allgemeine Anforderungen	24
Anlagen	25

Teil A: Allgemeine Grundsätze der Ausschreibung

1. Grundlagen der Ausschreibung

Auftraggeber (AG) ist die

NVBW – Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH
Wilhelmsplatz 11
70182 Stuttgart

Die NVBW wurde im Jahr 1995 im Zuge der Regionalisierung gegründet. Eigentümer und alleiniger Gesellschafter der NVBW ist das Land Baden-Württemberg. Die NVBW berät und unterstützt das Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Ministerium für Verkehr (VM), insbesondere bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben als Aufgabenträger und Besteller für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Baden-Württemberg. Zudem fungiert die NVBW als Fachstelle für Fuß- und Radverkehrsförderung und innovative Bedienkonzepte. Als Ideengeber und Netzwerkknoten für nachhaltige Mobilität baut die NVBW im Bereich Neue Mobilität die Themenfelder Digitalisierung und Klimaschutz und Mobilität weiter aus. Dabei unterstützt, berät und vernetzt sie Kommunen und Verkehrsverbünde in Innovationsfeldern der Mobilität. Weitere Informationen über die NVBW bietet das Internet unter www.nvbw.de.

2. Gegenstand und Ziel der Ausschreibung

2.1 Ausgeschriebene Leistung

Das Land Baden-Württemberg verleiht seit 2011 die Landesauszeichnung Fahrradfreundliche Kommune. Die Auszeichnung ist zentraler Bestandteil der Radverkehrsförderung des Landes und zeichnet Städte, Gemeinden und Landkreise, die Mitglied des AGFK-BW e.V. sind, für ihre konsequente und erfolgreiche Förderung des Radverkehrs aus.

Als Pendant soll nun die Landesauszeichnung Fußgängerfreundliche Kommune entwickelt und etabliert werden. Die neue Landesauszeichnung soll dazu beitragen, das Engagement und die Erfolge der AGFK-Kommunen in der Fußverkehrsförderung sichtbar zu machen, zu würdigen und zu beflügeln.

Mit vorliegender Ausschreibung wird ein externer Dienstleister gesucht, der die Landesauszeichnung Fußgängerfreundliche Kommune Baden-Württemberg in ihrer Gesamtheit entwickelt, sie als begleitendes Fachbüro in die Erprobung führt und sie nach Abschluss der ersten Prüfrunde einer ggf. notwendigen Optimierung unterzieht.

Die konkreten Anforderungen der zu erbringenden Leistung ergeben sich aus Kap. 6 ff. / Teil B.

2.2 Losbildung

Eine Vergabe in Losen findet nicht statt, da eine Trennung der Leistungsbestandteile inhaltlich und wirtschaftlich nicht durchführbar ist.

2.3 Zeit / Ort

Die Vertragslaufzeit beginnt mit der Auftragserteilung, voraussichtlich am 01.09.2021.

Sie endet, wenn nach Abschluss der ersten Prüfrunde die ggf. notwendigen Optimierungen am Prüfverfahren final abgestimmt vorgenommen worden sind. Der genaue Endpunkt richtet sich nach dem Zeitplan der Verfahrensentwicklung und dem Eingang mindestens eines Antrags, sodass eine erste Prüfrunde durchlaufen werden kann, voraussichtlich am 30.04.2023.

Ort der Leistungserbringung ist Baden-Württemberg. Gerichtsstand ist Stuttgart.

2.4 Vergütung

Die Vergütung erfolgt zu dem vereinbarten Entgelt nach Rechnungsstellung. Die Rechnungsstellung kann nur mit entsprechendem Leistungsnachweis erfolgen. Die Rechnung kann nach abgeschlossenen Arbeitspaketen, sowie bei Jahresende erfolgen.

Es wird ein Rahmenvertrag geschlossen, der in der ersten Prüfrunde maximal fünf Kommunen umfasst.

Der Auftraggeber plant für die Projektumsetzung einen Betrag von 50.000 EUR netto ein.

Ergänzende Leistungen können nur nach expliziter vorheriger Beauftragung/Freigabe durch den Auftraggeber auf Stunden- bzw. Tagessatzbasis abgerechnet werden.

2.5 Vertragsbedingungen

Der Vertrag kommt mit dem Zuschlag zustande. Vertragsbestandteile werden kumulativ:

- die Ausschreibungsbedingungen aus diesen Verdingungsunterlagen,
- ggfls. nachgelagerte Bieterinformationen
- die Leistungsbeschreibung aus dem Angebot des Bieters und
- die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B),
- die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der NVBW (Stand 2020).

Es gelten ausschließlich unsere AGB vom Dezember 2020, die diesem Schreiben beiliegen. Allgemeine Geschäftsbedingungen der Bieter werden nicht akzeptiert und führen zum Ausschluss. Im Zweifel gehen die Anforderungen aus der Ausschreibung den Ausführungen im Angebot vor, sofern nichts gesondert vereinbart wird.

Es gelten die **Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)** (siehe beiliegend).

3. Ausschreibungsbedingungen

3.1 Grundlagen

Der Auftraggeber geht davon aus, dass der Auftragswert den Schwellenwert für Leistungen nach § 106 GWB **nicht** überschreitet. Das Vergabeverfahren erfolgt als öffentliche Ausschreibung.

Die Verdingungsunterlagen dürfen nur zur Erstellung eines Angebotes verwendet werden; jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) ist ohne die ausdrückliche Genehmigung der ausschreibenden Stelle nicht gestattet.

Der Bieter hat, auch nach Beendigung der Angebotsphase, über die ihm bei seiner Tätigkeit bekannt gewordenen geschäftlichen Angelegenheiten der NVBW, des Verkehrsministeriums sowie der anderen beteiligten Akteure (z.B. Kommunen, Vereine) Verschwiegenheit zu wahren. Er hat hierzu auch die bei der Erstellung und Vorbereitung des Angebotes beschäftigten Mitarbeiter zu verpflichten. Ebenso verpflichten sich die NVBW und das Verkehrsministerium alle Angebotsunterlagen vertraulich zu behandeln und nicht an Dritte weiterzugeben.

3.2 Bestimmung über die Einsendung und Abgabe der Angebote

Das Angebot muss vollständig, in deutscher Sprache und von einer zeichnungsberechtigten Person unterschrieben bis zum

Mittwoch, 07.07.2020, 12:00 Uhr

in elektronischer Form bei der

NVBW – Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH, Vergabestelle

auf dem Portal von **DTVP** unter **<https://www.dtv.de>** mit **angegebener Nummer** vorliegen.

Angebote, die zu diesem Zeitpunkt nicht in vollständiger Form vorliegen, werden nicht berücksichtigt. Die Öffnung erfolgt am selben Tag bei der NVBW. Bieter sind bei der Öffnung nicht zugelassen.

Die Angebote werden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen vertraulich behandelt. Die von den Bietern erbetenen personenbedingten Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert, siehe dazu die Hinweise unter www.nvbw.de/vergabeverfahren.

3.3 Mitteilung von Unklarheiten in den Verdingungsunterlagen

Enthalten diese Verdingungsunterlagen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, so hat der Bewerber unverzüglich den Auftraggeber vor Angebotsabgabe in ausschließlich schriftlicher Form über das **Portal von DTVP** darauf hinzuweisen.

Fragen zum Angebot müssen **ausschließlich** schriftlich in deutscher Sprache bis zum

Donnerstag, 24.06.2021, 12:00 Uhr

auf dem Portal von **DTVP** unter <https://www.dtv.de> mit **angegebener Nummer** eingereicht werden.

Die Antworten werden ebenfalls schriftlich gegeben. Sowohl Fragen als auch Antworten werden, soweit sie von allgemeinem Interesse sind, in anonymisierter Form an alle Bewerber bekannt gegeben. Die Bieter müssen sich fortlaufend und eigeninitiativ über neue Informationen durch Besuch der Webseite unterrichten.

3.4 Zuschlagskriterien

Der Zuschlag wird auf das unter Berücksichtigung aller Umstände wirtschaftlichste Angebot erteilt. Der niedrigste Angebotspreis allein ist nicht entscheidend. Die Bewertung erfolgt anhand folgender Zuschlagskriterien:

- | | |
|---|-------------|
| 1. Entwicklung des Prüfverfahrens und Optimierung | 45 % |
| (angebotene Leistungen insbesondere zu Prüfinstrumenten, Bewertungssystem, Auswertungstool, Prüfbericht, Verfahrensablauf, Aufbau einer Prüfkommision; Steuerung des Entwicklungsprozesses) | |
| 2. Eingebraachte Sachkenntnis und Qualität der fachlichen Begleitung | 25 % |
| (Vorgehen bei Aufbereitung und Auswertung der Anträge, Leistungen beim ergänzenden Austauschformat mit den Kommunen und im Berichtswesen) | |
| 3. Preis | 30 % |

Die Preisbewertung erfolgt wie folgt: Es wird der Mittelwert aller Angebote ermittelt. Dieser Mittelwert erhält die halbe Punktzahl. 0 Punkte erhält ein fiktives Angebot mit dem 1,5-fachen des Mittelwertes. Die volle Punktzahl erhält ein fiktives Angebot mit dem 0,5-fachen Preis des Mittelwertes. Alle Angebote mit darüber oder darunter liegenden Preisen erhalten ebenfalls 0 bzw. alle Punkte. Die Punkteermittlung für die dazwischen liegenden Preise erfolgt über eine lineare Interpolation gerundet auf volle Punktzahl.

3.5 Nebenangebote und Änderungsvorschläge

Nebenangebote sind nicht zulässig. Änderungsvorschläge im Rahmen der zusätzlichen Empfehlungen des Dienstleisters (siehe Kalkulationsblatt) sind zulässig.

3.6 Erstattung von Aufwendungen

Aufwendungen, die bei der Angebotserstellung und im weiteren Verlauf des Ausschreibungsvorgangs entstehen, werden nicht erstattet.

4. Formale Anforderungen an die Angebote

4.1 Abgabe in deutscher Sprache

Das Angebot ist in allen seinen Bestandteilen, inklusive aller geforderten Nachweise und Erklärungen, in deutscher Sprache abzufassen. Ausländische Schriften müssen neben dem Original auch eine deutsche Übersetzung der Nachweise und Erklärungen beilegen. Hierfür entstehende Kosten sind vom Bieter zu tragen. Die Bieter tragen die Verantwortung für die korrekte Übersetzung der eingereichten Nachweise und Erklärungen.

4.2 Notwendiger Angebotsinhalt (Liste der vorzulegenden Unterlagen)

Das Angebot muss folgenden Inhalt umfassen, dabei ist die nachfolgende Gliederung im Angebot einzuhalten:

Teil 1:

- Angebotsschreiben des Bieters mit einer rechtsverbindlichen Unterschrift. Das Angebot einer Bietergemeinschaft muss von allen an der Bietergemeinschaft beteiligten Unternehmen rechtsverbindlich unterschrieben sein. Fehlt die Unterschrift eines Mitgliedes, so liegt kein rechtsverbindliches Angebot der Bietergemeinschaft vor. Das Angebot ist in einem solchen Fall von der Wertung auszuschließen. Kommt jedoch einem Mitglied aufgrund eines rechtsgültigen Gesellschaftsvertrages zum Zeitpunkt der Angebotseröffnung Alleingeschäftsführerbefugnis zu oder ist er aufgrund entsprechender Erklärung aller Bieter für alle bevollmächtigt, so genügt die Unterschrift dieses Mitglieds. Die Alleingeschäftsführerbefugnis ist in diesem Fall nachzuweisen.
- Benennung eines verantwortlichen Ansprechpartners für das Vergabeverfahren (Name, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse) gemäß Anlage.
- Bestätigung der Bindefrist gemäß Anlage.

- Erklärung des Bieters gemäß Anlage, dass sein Angebot in allen Punkten den Forderungen der Leistungsbeschreibung entspricht und die Regelungen dieser Verdingungsunterlagen von ihm uneingeschränkt akzeptiert werden.
- Eine Erklärung des Bieters gemäß Anlage, dass er mit Erhalt der vereinbarten Vergütung alle Urheberrechte aus der erbrachten Leistung und die Nutzungsrechte daran an die NVBW bzw. das Verkehrsministerium überträgt.
- Eine Erklärung des Bieters gemäß Anlage, dass er sich zur Einhaltung allgemeiner Verschwiegenheit und Vertraulichkeit hinsichtlich der durch die Leistungserbringung erworbenen Informationen verpflichtet.
- Abgabe einer Mindestentgelterklärung gem. § 4 Abs. 1 Landestariftreue- und Mindestlohngesetz Baden-Württemberg (LTMG), gemäß Anlage, ggf. von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft und von Subunternehmern.

Teil 2: Nachweis der Eignung

- Eigenerklärungen, wie im Einzelnen in Teil A Kapitel 5.1 bis 5.6 gefordert.
- Geschäftsbericht des letzten Kalender- oder Wirtschaftsjahres, vgl. Teil A Kap. 5.2.
- Zu erbringende Nachweise über die Referenzen, vgl. Teil A Kap. 5.3.

Teil 3: Leistung

- Der Auftragnehmer wird gebeten, ein **Angebot** abzugeben.
- **Erläuterungen zum Angebot:**
Der Bieter soll die angebotene Leistung gemäß Teil B erläutern. Insbesondere muss beschrieben werden, in welchen organisatorischen und zeitlichen Schritten der Auftrag durchgeführt wird, wobei die erforderliche Rückkopplung mit NVBW, Verkehrsministerium, Expertenkreis bzw. Prüfkommision zu integrieren ist. Wie angegeben werden zu ausgewählten Arbeitspaketen eigene Ideen und erste konkrete Vorschläge erwartet. Ein Zeitplan über den gesamten Ablauf der ausgeschriebenen Leistung ist erforderlich.
- **Kalkulationsblatt:**
Die Verwendung des beigegeführten Kalkulationsblattes zur Darlegung des Angebots ist **zwingend**, um die Leistungen der Bieter vergleichen zu können. Die Bieter tragen ihr Angebot daher bitte dort ein.
- Die Stunden- und Tagessätze des Bieters sind anzugeben.
- Alle Preise sind netto in Euro anzugeben.

4.3 Vollständigkeit des Angebotes

Das Angebot muss vollständig sein; unvollständige Angebote können ausgeschlossen werden. Das Angebot muss die Preise und die in den Verdingungsunterlagen geforderten Erklärungen, Nachweise und Angaben (erforderlichenfalls mit den deutschen Übersetzungen) enthalten. Fehlende oder unvollständige Nachweise und Erklärungen können zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen.

Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein. Änderungen an den Verdingungsunterlagen sind unzulässig.

Entspricht der Gesamtbetrag nicht dem Ergebnis der Summe der Einzelposten oder des Produktes von Mengenansatz und Einheitspreis, so sind die Einheitspreise und Einzelpositionen maßgebend.

4.4 Bindefrist

Die Bindefrist läuft bis **15.08.2021**. Bis zum Ablauf dieses Datums ist der Bieter an sein Angebot gebunden.

4.5 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bieter und Bietergemeinschaften, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

5. Anforderungen an den Bieter, Nachweis der Eignung

5.1 Ausschlussgründe

Zur Prüfung der Eignung muss der Bieter gemäß Anlage erklären, ob die unter §§ 123 und 124 GWB genannten Fälle auf ihn zutreffen und inwiefern eine Selbstreinigung nach § 125 GWB vorliegt. Der Auftraggeber kann hierzu geeignete Nachweise nachfordern.

Des Weiteren können Bieter ausgeschlossen werden, die im Vergabeverfahren vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf ihre Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit abgegeben haben.

Von der Teilnahme am Vergabeverfahren werden Bieter ausgeschlossen, die aufgrund eines der in Artikel 57 Absatz 1 der Richtlinie 2014/24/EU genannten Gründe rechtskräftig verurteilt worden sind.

5.2 Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Zur Beurteilung der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Bieters hat dieser den Geschäftsbericht des letzten Kalender- oder Wirtschaftsjahres, aus dem auch die Eigentums- und Gesellschaftsverhältnisse hervorgehen. Falls durch einen Bieter kein eigener Geschäftsbericht herausgegeben wird, ist die Vorlage des Jahresabschlusses (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und ggf. des Lageberichts) sowie eine Erklärung über die aktuellen Eigentums- und Gesellschaftsverhältnisse ausreichend. Diese Unterlagen sind zwingend für das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr vorzulegen.

5.3 Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Erfahrung und Zuverlässigkeit

Zur Beurteilung der für die Durchführung der ausgeschriebenen Leistung erforderlichen Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Erfahrung und Zuverlässigkeit sind vom Bieter Referenzen über bisher erbrachte Leistungen vorzulegen. Die Referenzen sollen aufzeigen, dass der Bieter:

- Kenntnisse zu Aufbau und Weiterentwicklung von Prüfverfahren mitbringt,
- sehr gute fachliche Expertise im Fußverkehr und in der Fußverkehrsförderung besitzt,
- Kenntnis der bundesdeutschen und landesspezifischen Regelwerke mitbringt, sofern sie maßnahmenrelevant sind,
- Erfahrungen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit mitbringt,
- gute EDV-Kenntnisse besitzt, um Prüfinstrumente und Auswertungstools den Erfordernissen entsprechend anzulegen und zu pflegen,
- mit der Organisation und Durchführung von Gremien-Sitzungen u.Ä. bestens vertraut ist,
- über Erfahrung in der Arbeit mit Kommunen, Landesverwaltungen und Vereinen verfügt,
- Erfahrung in der Projektsteuerung besitzt und
- in der Lage ist, den Auftrag im vorgegebenen Zeitrahmen vollumfänglich zu erfüllen.

5.4 Bietergemeinschaften

Geben mehrere Unternehmen ein gemeinschaftliches Angebot ab, so hat die Bietergemeinschaft in ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterschriebene Erklärung abzugeben. In dieser Erklärung muss die Bildung einer Bietergemeinschaft im Auftragsfall organisatorisch geregelt sein. Darüber hinaus sind alle Mitglieder der Bietergemeinschaft aufzuführen und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter zu benennen. Die entsprechende Vollmacht ist dem Angebot beizufügen. Darüber hinaus ist zu erklären, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Die oben genannten Nachweise müssen für jedes Mitglied einer Bietergemeinschaft vorgelegt werden. Bei der Beurteilung der Eignung einer Bietergemeinschaft wird die Bietergemeinschaft als Ganzes beurteilt. Die Bildung von Bietergemeinschaft nach Angebotsabgabe ist unzulässig.

5.5 Subunternehmer

Der Auftragnehmer ist berechtigt, Teile der Leistung durch Dritte (Subunternehmer) erbringen zu lassen. Der Auftragnehmer hat daher in seinem Angebot Art und Umfang der Leistungen anzugeben, die er an Unterauftragnehmer übertragen will. Die Unterauftragnehmer sind zu benennen bzw. bekannt zu geben.

Die Beauftragung von Subunternehmer nach Zuschlagserteilung ist nur nach schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei der Weitergabe von Leistungen an Unterauftragnehmer nach den allgemeinen Wettbewerbsgrundsätzen zu verfahren.

Unternehmen, die sich mehrfach – sei es als einzelnes Unternehmen, Mitglied einer Bietergemeinschaft oder Nachunternehmer – an diesem Vergabeverfahren beteiligen, können wegen Verstoßes gegen das Wettbewerbsprinzip ausgeschlossen werden.

5.6 Nachweise

Der Auftraggeber behält sich vor, die bei Abgabe des Angebots nicht vorliegenden bzw. nicht den Anforderungen entsprechenden Dokumente zum Nachweis der Eignung nach Kapitel 5.1 bis 5.5 unter Fristsetzung von den Bietern nachzufordern. Sollte ein Bieter der Nachforderung nicht fristgerecht nachkommen, kann dieser Bieter vom weiteren Verfahren ausgeschlossen werden.

Teil B: Leistungsbeschreibung

6. Gegenstand und Ziel der Ausschreibung

Das Land Baden-Württemberg verleiht seit 2011 die [Landesauszeichnung Fahrradfreundliche Kommune](#). Die Auszeichnung ist zentraler Bestandteil der Radverkehrsförderung des Landes und zeichnet Städte, Gemeinden und Landkreise, die Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Fahrrad- und Fußgängerfreundlicher Kommunen e. V. (AGFK-BW) sind, für ihre konsequente und erfolgreiche Förderung des Radverkehrs aus. Als Pendant dazu soll es für die Mitgliedskommunen der [AGFK-BW](#) künftig auch eine Landesauszeichnung Fußgängerfreundliche Kommune geben.

Die Landesauszeichnung Fußgängerfreundliche Kommune soll dazu beitragen, das Engagement und die Erfolge der AGFK-Kommunen in der Fußverkehrsförderung sichtbar zu machen und zu würdigen. Außerdem soll die Landesauszeichnung die Kommunen bei ihren Aktivitäten unterstützen und anspornen, und sie soll Wegweiser und Messlatte für anspruchsvolle Fußverkehrsförderung sein. Gleichzeitig hilft sie dem Land, seine Instrumente der Fußverkehrsförderung zu verbessern.

Für die neu zu schaffende Landesauszeichnung ist ein komplettes Prüfverfahren zunächst zu entwickeln, dann zu erproben und im Anschluss, falls erforderlich, zu optimieren. Zum Prüfverfahren gehören insbesondere die Prüfinstrumente (z.B. Fragebogen) inkl. Bewertungssystem, Ablauf und Verfahrensweisen sowie Aufbau und Einbindung einer Prüfkommision.

Das Logo und Zertifikat zur Auszeichnung werden von einer extra zu beauftragenden Graphik-Agentur entworfen.

Wenn es sinnvoll erscheint, können beim Prüfverfahren analoge Strukturen und Verfahrensweisen zur bereits etablierten Landesauszeichnung Fahrradfreundliche Kommune aufgebaut werden, z.B.

- ein jährlicher Bewerbungstichtag,
- Etablierung einer festen Prüfkommision zur Bewertung der eingereichten Anträge und zur Weiterentwicklung des Verfahrens,
- Formulierung eines Prüfberichts an die Kommune mit visuell eingängiger Ergebnisübersicht und mit Hausaufgaben, die zu bearbeiten sind, wenn die Kommune eine Rezertifizierung (erneute Prüfung nach Ablauf des ersten Zertifikats) anstrebt,
- Auszeichnungsfeier mit Pressemitteilung und Überreichung eines Zertifikats, Verleihung eines Sachpreises

In einem grundsätzlichen Punkt allerdings soll sich die Landesauszeichnung Fußgängerfreundliche Kommune deutlich von der bestehenden Landesauszeichnung Fahrradfreundliche Kommune unterscheiden. Entwickelt werden soll ein betont schlankes Prüfverfahren, das weder die antragstellende Kommune noch die prüfenden Gremien zeitlich und personell zu stark beansprucht, das aber dennoch aussagekräftig ist.

In Anbetracht dieser Vorgabe kommt der inhaltlichen Ausgestaltung der Prüfinstrumente eine besonders große Relevanz zu. Hier soll die Broschüre des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg „Auf die Füße, fertig, los! Erfolgreiche Wege zu mehr Fußgängerfreundlichkeit“¹ aus dem Jahr 2020 als eine Orientierung dienen, etwa indem die dort genannten acht Handlungsfelder als Prüfbereiche aufgegriffen werden.

Die Vorgabe, das Prüfverfahren schlank zu halten, macht es auch notwendig zu überlegen, ob und, wenn ja, wie sich die antragstellende Kommune zusätzlich zu ihrem schriftlichen Antrag der Prüfkommision präsentiert (z.B. Präsentation der Kommune per Videokonferenz, Bereisung der Kommune).

Da die Bewerbung um die Landesauszeichnung Fußgängerfreundliche Kommune allen AGFK-Kommunen (Städte, Gemeinden und Landkreise) offensteht, sind Prüfinstrumente und Bewertungssysteme zu entwickeln, die die kommunalen Charakteristika berücksichtigen (z.B. Landkreise einerseits und Städte und Gemeinden andererseits sowie eine Differenzierung nach der Einwohnerzahl bei Städten und Gemeinden).

Das Bewertungssystem für die Anträge ist so anzulegen, dass – wenn nicht sofort, dann zumindest später – ohne größeren Aufwand eine Differenzierung in Bronze-, Silber- und Goldstatus vorgenommen werden kann.

Die Auswertung und Bewertung der Anträge sind effizient und übersichtlich zu gestalten. Alle Fachinformationen zu einem Antrag sollen in einem Dokument gebündelt sein, mit dem auch die Prüfkommision gut arbeiten kann.

Insgesamt muss die zu entwickelnde Landesauszeichnung Fußgängerfreundliche Kommune dem derzeitigen Stand und Niveau in der kommunalen Fußverkehrsförderung Rechnung tragen, dabei aber dennoch einen hohen Anspruch und eine hohe Wertigkeit vermitteln.

Parallel zu den Entwicklungen in der Fußverkehrsförderung wird sich auch die Landesauszeichnung Fußgängerfreundliche Kommune in den nächsten Jahren beständig weiterentwickeln müssen (z.B. allmähliches Anheben der Standards, Veränderung des Prüfkannons). Das zu entwickelnde Prüfverfahren soll diese absehbare Dynamik zulassen.

Im Auftrag des Verkehrsministeriums wird die NVBW die Koordinierung der Landesauszeichnung Fußgängerfreundliche Kommune und die Leitung der einzuberufenden Prüfkommision übernehmen.

¹ Download der Broschüre unter:

https://www.aktivmobil-bw.de/fileadmin/user_upload_fahrradlandbw/Downloads/VM_Leitfaden_kommunale_FV-Foerderung_201020.pdf

Mit vorliegender Ausschreibung wird ein externer Dienstleister gesucht, der die Landesauszeichnung Fußgängerfreundliche Kommune Baden-Württemberg in ihrer Gesamtheit entwickelt, sie als begleitendes Fachbüro in die Erprobung führt und sie nach Abschluss der ersten Prüfrunde einer ggf. notwendigen Optimierung unterzieht.

Eine detaillierte Beschreibung der geforderten Leistungen ist in nachstehenden Arbeitspaketen enthalten.

7. Arbeitspakete

Folgender Auftrag untergliedert nach Arbeitspaketen (AP) wird vergeben. Alle Arbeitsschritte sind in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber sowie in Teilen mit weiteren Akteuren durchzuführen (v.a. Verkehrsministerium des Landes (VM), Expertenkreis, Prüfkommision).

AP 1: Projektsteuerung

Der Auftragnehmer ist für die Projektsteuerung verantwortlich. Mindestens die folgenden Bestandteile werden vom Auftragnehmer erwartet:

- Umfassende Planung der gesamten Aufgabe (Entwicklung – Erprobung – Optimierung) und ihre sorgfältige Umsetzung, u.a. mit:
 - Beratung des Auftraggebers und enge, regelmäßige Abstimmungen mit dem Auftraggeber per Telefon, E-Mail oder Videokonferenz (im Sinne einer Pauschale)
 - Zeitplanung und Zeitmanagement
 - Regelmäßige Auskunft zum Aufgabenbearbeitungsstand

AP 2: Besprechung mit dem Auftraggeber und weiteren ausgewählten Akteuren

Der Auftragnehmer richtet eine Besprechung mit dem Auftraggeber und ggf. wenigen weiteren Akteuren (z.B. Vertreter des Verkehrsministeriums, Expertenkreis, ausgewählte Mitglieder der Prüfkommision) aus.

Als Standard umfasst jede Besprechung die Terminabstimmung und Einladung, die Erstellung einer Tagesordnung, die rechtzeitig vor der Sitzung in die Abstimmung gegeben wird, Arbeits- bzw. Anschauungsmaterial (ggf. Präsentation) für die Sitzung, das zur Vorbereitung rechtzeitig vorab zur Verfügung gestellt wird, und ein Ergebnisprotokoll, das spätestens eine Woche nach der Sitzung vorliegt.

Die Sitzungen finden entweder beim Auftraggeber in Stuttgart statt (Räumlichkeiten, Technik und Catering übernimmt der Auftraggeber), oder sie werden digital als Videokonferenz über

Webex abgehalten, wobei die Einwahldaten vom Auftragnehmer zur Verfügung zu stellen sind.

Der Bieter trägt im Kalkulationsblatt bitte die Kosten für eine halbtägige Sitzung in Stuttgart oder als Videokonferenz sowie für eine ganztägige Sitzung in Stuttgart oder als Videokonferenz ein. Die Anzahl, Dauer und Art der zu beauftragenden Sitzungen richten sich nach dem Entwicklungsprozess des Prüfverfahrens sowie den Erfordernissen der ersten Prüfrunde. Das AP wird in der erforderlichen Quantität und Qualität passgenau beauftragt.

AP 3: Einberufung eines Expertenkreises

Der Auftragnehmer unterstützt bei der Einberufung eines kleinen Expertenkreises, der an der Entwicklung des Prüfverfahrens beratend mitwirkt. Insbesondere macht der Expertenkreis Vorschläge zur inhaltlichen Ausgestaltung der Prüfinstrumente.

Der Auftragnehmer macht Vorschläge zu seiner Besetzung, ermittelt nach finaler Abstimmung die Kontaktdaten und entwirft ein Einladungsschreiben, das über das Verkehrsministerium versandt wird. Die Sitzungen mit dem Expertenkreis werden über AP 2 beauftragt.

In seinem Angebot macht der Bieter bitte erste Vorschläge zur Besetzung des Expertenkreises.

AP 4: Entwicklung des Prüfverfahrens

Die Landesauszeichnung Fußgängerfreundliche Kommune ist in ihrer Gesamtheit aufzubauen. Kernelement der Landesauszeichnung ist das Prüfverfahren, in dem festgelegt ist, mit welchen Prüfinstrumenten und Bewertungssystemen die Zertifizierung arbeitet und welche Verfahrensschritte durch welche Akteure zu welcher Zeit erfolgen.

Erfahrungsgemäß stellt sich insbesondere die Entwicklung von geeigneten Prüfinstrumenten und Bewertungssystemen als äußerst komplexer Prozess dar, der diverse Abstimmungsschleifen und Justierungen erfordert. Diese Notwendigkeit plant der Bieter bitte in ausreichendem Maße ein.

Unter Berücksichtigung der Vorgaben und Ideen des Auftraggebers in Teil B, Kap. 6 entwickelt der Auftragnehmer konkrete Vorschläge zum Prüfverfahren. Von vorrangigem Interesse sind dabei insbesondere folgende Punkte:

- Vorschläge zur inhaltlichen Ausgestaltung der Prüfinstrumente (z.B. Fragebogen o.Ä.) für Städte, Gemeinden und Landkreise inkl. Vorschläge zu den Bewertungssystemen,
- Vorschläge dazu, welche Formate sich neben dem schriftlichen Antrag noch zur Präsentation bzw. Prüfung der Kommune anbieten,

- Vorschläge zu Prüfablauf und Zeitplan sowie zur Arbeitsweise der Prüfkommision,
- Vorschläge zum Prüfbericht,
- Vorschläge zu Sachpreisen für zertifizierte Kommunen

Die Vorstellung der Konzeptvorschläge und die Abstimmungen mit Auftraggeber, Verkehrsministerium und Expertenkreis (vgl. AP 3) erfolgen in mehreren Gesprächsterminen. Diese sind hier allerdings nicht zu kalkulieren, weil sie den Erfordernissen entsprechend separat beauftragt werden (vgl. AP 2).

Wenn das Prüfverfahren final abgestimmt ist, erstellt der Auftragnehmer komfortabel zu nutzende Antragsformulare und er entwickelt den Vorgaben und Erfordernissen entsprechend Auswertungstools. Soweit sinnvoll setzt er dabei auf digitale Lösungen. Außerdem erstellt er eine Geschäftsordnung zur Landesauszeichnung und einen Leitfaden für antragswillige Kommunen.

Im Angebot werden erste Aussagen zur Konzeption des Prüfverfahrens erwartet. Bei seinen Vorschlägen berücksichtigt der Bieter die Überlegungen des Auftraggebers, die sich aus der Leistungsbeschreibung ergeben. Eigene Ideen und zusätzliche Empfehlungen des Bieters sind sehr willkommen. Sie können an entsprechender Stelle im Kalkulationsblatt mit Kosten hinterlegt werden.

AP 5: Unterstützung bei der Kommunikation und bei Anfragen

Schon in der Vorbereitungsphase und dann konkret zum Start der neuen Landesauszeichnung ist es erforderlich, sie motivierend in die AGFK-BW hinein zu kommunizieren. Auch auf Landesebene ist sie bekannt zu machen. Die Unterschiede zur Landesauszeichnung Fahrradfreundliche Kommune sind herauszustellen. Hierbei unterstützt der Auftragnehmer den Auftraggeber und das VM bzw. die zuständigen Agenturen für AGFK-BW und aktivmobil-bw.de.

Der Auftragnehmer unterstützt Verkehrsministerium und NVBW über die gesamte Laufzeit im Sinne einer Pauschale bei der Beantwortung von Anfragen (z.B. von Hausleitung VM, Landtag, Kommunen und Institutionen, Bürger, Presse), die mit der neuen Landesauszeichnung in Zusammenhang stehen.

AP 6: Erstellung einer Pressemitteilung

Der Auftragnehmer erstellt für ausgewählte Anlässe (z.B. Auszeichnungsfeier) eine Pressemitteilung im Entwurf für das Verkehrsministerium. Das AP wird nach Bedarf in der erforderlichen Menge beauftragt.

AP 7: Informationsveranstaltung zur Landesauszeichnung für AGFK-Kommunen

Um die AGFK-Kommunen über die Landesauszeichnung Fußgängerfreundliche Kommune Baden-Württemberg zu informieren und um sie zu einer Bewerbung zu motivieren, soll via Webex eine halbtägige digitale Veranstaltung zur Landesauszeichnung stattfinden. Im Rahmen des Termins sollen das Verfahren vorgestellt und Fragen aus dem Plenum beantwortet werden. Im Anschluss an den Sitzungsteil in großer Runde sollen die Kommunen auch noch die Möglichkeit haben, bilateral spezielle Einzelfragen zu klären. In Abstimmung mit dem Auftraggeber ist der Auftragnehmer für die inhaltliche und methodische Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung des Termins verantwortlich. Er entwickelt ein Programm und bereitet eine Präsentation vor. Gemeinsam mit dem Auftraggeber stellt er in der Sitzung die Landesauszeichnung vor, beantwortet die Fragen aus dem Publikum und steht im Anschluss als Experte für weitere Detailfragen zur Verfügung.

In Abstimmung mit dem Auftragnehmer übernimmt der Auftraggeber das Veranstaltungsmanagement (z.B. Terminfindung, Einladung, ggf. Save the Date-Mail und Reminder, Ansprechpartner bei Fragen, Teilnehmermanagement). Den Zugang zur digitalen Plattform Webex stellt der Auftragnehmer zur Verfügung. Das AP wird nach Bedarf in der erforderlichen Menge beauftragt.

AP 8: Aufbau einer qualifizierten Prüfkommision

Die Bewertung der Anträge zur Landesauszeichnung Fußgängerfreundliche Kommune soll durch eine Prüfkommision (PK) vorgenommen werden. Außerdem wirkt die Prüfkommision im Folgenden an der Weiterentwicklung des Verfahrens mit. Die Prüfkommision soll die Landesauszeichnung dauerhaft begleiten.

Der Auftragnehmer unterstützt beim Aufbau einer qualifizierten, motivierten und ausreichend stark besetzten Prüfkommision. Dafür macht der Auftragnehmer Vorschläge zur Besetzung, ermittelt nach finaler Abstimmung die Kontaktdaten und entwirft ein Einladungsschreiben, das über das Verkehrsministerium versandt wird.

Unter Leitung der NVBW kommen die Mitglieder der neuen Prüfkommision zu einer ersten konstituierenden Sitzung zusammen. Im Rahmen dieser Sitzung wird ihnen das Prüfverfahren vorgestellt, mit dem in die erste Runde der Landesauszeichnung gestartet werden soll. Dem Auftragnehmer kommt bei der Umsetzung, Vor- und Nachbereitung der Sitzung eine unterstützende Rolle zu (Achtung: Kalkulation/Beauftragung der PK-Sitzung über AP 9).

In seinem Angebot macht der Bieter bitte erste Vorschläge zu möglichen Mitgliedern in der Prüfkommision.

AP 9: Teilnahme an Sitzungen der Prüfkommision

Der Auftragnehmer nimmt als Experte und fachlicher Berater an den Sitzungen der Prüfkommision in aktiver Rolle teil. Er berät und unterstützt den Auftraggeber bei der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Sitzungen auf fachlicher Ebene (z.B. Tagesordnung und Protokoll). Er stellt rechtzeitig vor der Sitzung die Sitzungsunterlagen (z.B. Bewertungsmatrix) zur Verfügung. Er übernimmt eine aktive Rolle in den Sitzungen der Prüfkommision (z.B. Vorstellung von Vorschlägen zu Bewertung oder Prüfverfahren mit anschließender Beratung im Plenum).

Die Organisation der Sitzungen der Prüfkommision läuft mit Unterstützung des Auftragnehmers über den Auftraggeber (z.B. Terminabstimmung, Versand der Einladung und der Unterlagen an die Prüfkommision etc.). Die Sitzungen finden entweder beim Auftraggeber in Stuttgart statt (Räumlichkeiten, Technik und Catering übernimmt der Auftraggeber) oder sie werden digital als Videokonferenz über Webex abgehalten, wobei die Einwahldaten vom Auftragnehmer zur Verfügung zu stellen sind.

Der Auftragnehmer wird gebeten, im Kalkulationsblatt eine halbtägige Sitzung in Stuttgart oder als Videokonferenz sowie eine ganztägige Sitzung in Stuttgart oder als Videokonferenz mit der Prüfkommision zu kalkulieren. Die Anzahl, Dauer und Art der zu beauftragenden Sitzungen richtet sich nach dem Ablauf des Prüfverfahrens, den Anträgen und fachlichen Inhalten eines Prüfjahres. Das AP wird in der erforderlichen Quantität und Qualität passgenau beauftragt.

AP 10: Prüfung und Bewertung der Unterlagen einer Erstantragskommune

Nach Ablauf der Antragsfrist beginnt die Prüfphase. Im Hinblick auf die Prüfung und Bewertung eines Erstantrags werden vom Auftragnehmer insbesondere die folgenden Leistungen erwartet:

- Prüfung der eingegangenen Antragsunterlagen auf Vollständigkeit
- Übertragung der Inhalte des Antrags in eine Bewertungs-/Auswertungsmatrix
- Fachliche Prüfung der Inhalte, Einschätzung, ob die Qualität des Antrags eine vertiefte Prüfung sinnvoll erscheinen lässt, und Bewertungsvorschlag für die Prüfkommision.
- Hervorhebung der Punkte, zu denen aus Sicht des Auftragnehmers besonderer Beratungsbedarf mit der Prüfkommision besteht; zu den Sitzungen der Prüfkommision wird jeweils eine aktuelle, umfassend und verständlich aufbereitete Fassung der Matrix als Arbeitsgrundlage erwartet.
- Formulierung von Nachfragen an die Kommune zu Punkten im Antrag, zu denen Klärungsbedarf besteht (z.B. fehlende oder missverständliche Angaben).

- Identifizierung möglicher Aspekte, zu denen die Kommune der Prüfkommision in einem evtl. gesonderten Format (z.B. Präsentation der Kommune via Webex, Bereisung) vertieft Auskunft/Anschauung geben sollte.
- Prüfung sämtlicher weiterer Unterlagen und Informationen, die die Kommune im Laufe des Prüfverfahrens nachreicht (z.B. Antworten der Kommune auf die Nachfragen der Prüfkommision, mündliche Erläuterungen im Rahmen eines gesonderten Austauschs), und Einarbeitung in die Bewertungsmatrix
- Formulierung von Hausaufgaben an die Kommune für den Prüfbericht
- Nach Beendigung des Prüfverfahrens Erstellung einer finalen Version der Bewertungsmatrix der Kommune

Die Anzahl der Erstanträge in einem Jahr ist vor Ablauf der Antragsfrist nicht sicher zu nennen. Der Auftragnehmer wird gebeten, im Kalkulationsblatt die Kosten für die Bearbeitung eines Erstantrags anzugeben. Das AP wird dann in der erforderlichen Menge passgenau beauftragt.

AP 11: Teilnahme an einer kommunalen Präsentation

Das Prüfverfahren zur Landesauszeichnung Fußgängerfreundliche Kommune soll schlank gehalten werden. Nichtsdestotrotz kann es sinnvoll sein, dass sich die antragstellende Kommune zusätzlich zu ihrem schriftlichen Antrag der Prüfkommision persönlich präsentiert. Aus Sicht des Auftraggebers liegen zunächst zwei Formate auf der Hand:

Variante 1: Bereisung der Kommune mit der Prüfkommision

Der Auftragnehmer nimmt aktiv als Experte und fachlicher Berater an der Bereisung einer Kommune mit der Prüfkommision teil. Für die Organisation der Bereisung sind in erster Linie die Antrag stellende Kommune und der Auftraggeber zuständig. Vom Auftragnehmer wird erwartet, dass er den Auftraggeber und die Prüfkommision bei der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Bereisung mit seiner Expertise sehr gut unterstützt. Damit die Prüfkommision einen guten Überblick darüber erhält, auf was bei der Bereisung besonders zu achten ist, erstellt der Auftragnehmer im Vorfeld des Termins eine Übersicht über besonders zu hinterfragende Aspekte. Außerdem macht er Vorschläge zu Besichtigungspunkten. Für die Bereisung erstellt der Auftragnehmer zudem ein kurzes Formblatt, in dem die Mitglieder der Prüfkommision während der Bereisung ihre Eindrücke festhalten können. Seine Bereisungseindrücke (ggf. auch Fotos) bringt er gemeinsam mit den anderen Mitgliedern der Prüfkommision in späteren Sitzungen ein.

Der Auftragnehmer wird gebeten, im Kalkulationsblatt eine halbtägige Bereisung und eine ganztägige Bereisung zu kalkulieren. Das AP wird nur beauftragt, wenn im Zuge des Entwicklungsprozesses zum Gesamtprüfverfahren beschlossen wird, dass Kommunen im

Rahmen der Prüfung bereit werden sollen. Das AP in dieser Variante wird dann in der erforderlichen Quantität und Qualität passgenau beauftragt.

Variante 2: Präsentation der Kommune im Rahmen einer Konferenz

Der Auftragnehmer nimmt aktiv als Experte und fachlicher Berater gemeinsam mit der Prüfkommision an der Präsentation einer Kommune teil. Für Organisation und Ablauf der Konferenz sind in erster Linie die Antrag stellende Kommune und der Auftraggeber zuständig. Vom Auftragnehmer wird erwartet, dass er den Auftraggeber und die Prüfkommision bei der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung mit seiner Expertise sehr gut unterstützt. Im Vorfeld des Termins erstellt der Auftragnehmer eine Übersicht über die besonders zu hinterfragenden Punkte. Seine Eindrücke bringt er gemeinsam mit den anderen Mitgliedern der Prüfkommision in die Nachbesprechung der Sitzung ein. Wenn die Konferenz digital stattfindet, stellt der Auftragnehmer den Webex-Link für die Konferenz bereit. Wenn sie als Präsenzkonferenz abgehalten wird, findet sie beim Auftraggeber in Stuttgart statt, der dann für Räumlichkeiten, Technik und Catering sorgt.

Der Auftragnehmer wird gebeten, im Kalkulationsblatt eine halbtägige Konferenz in Stuttgart oder digital sowie eine ganztägige Konferenz in Stuttgart oder digital zu kalkulieren. Das AP wird nur beauftragt, wenn im Zuge des Entwicklungsprozesses zum Gesamtprüfverfahren beschlossen wird, dass sich die Kommunen im Rahmen der Prüfung präsentieren sollen. Das AP in dieser Variante wird dann in der erforderlichen Quantität und Qualität passgenau beauftragt.

Vom Bieter werden im Angebot zusätzliche Ideen zur Ausgestaltung von Variante 1 und Variante 2 erwartet sowie ggf. weitere Formatvorschläge, die über die geschilderten Varianten hinausgehen. Seine Formatvorschläge kann der Bieter im Kalkulationsblatt bei Zusätzliche Empfehlungen kalkulieren.

AP 12: Erstellung eines Prüfberichts an die Kommune

Jede geprüfte Kommune erhält einen Prüfbericht, der auf den Status quo der Fußverkehrsförderung in der Kommune eingeht und ihre Stärken und Schwächen nennt. Außerdem benennt der Prüfbericht konkrete Punkte, in denen die Kommune aktiv werden sollte, wenn sie sich rezertifizieren lassen möchte bzw. wenn sie bei Nicht-Bestehen einen erneuten Erstantrag ins Auge fasst. Dies sind die sog. Hausaufgaben der Prüfkommision an die Kommune.

Nach Abschluss der Prüfphase erstellt der Auftragnehmer auf Grundlage aller gesammelten Erkenntnisse die Prüfberichte für die beteiligten Kommunen. Ein Prüfbericht umfasst max. vier Text-Seiten. Zusätzlich soll der Prüfbericht auf max. einer Seite in prägnanter, visuell

eingängiger Form den Status quo (Stärken/Schwächen) der Kommune in der Fußverkehrsförderung wiedergeben. Die Prüfberichte sind mit Auftraggeber und Prüfkommision abzustimmen.

Der Auftragnehmer wird gebeten, im Kalkulationsblatt von der Erstellung eines Prüfberichts auszugehen. Das AP wird dann in der erforderlichen Menge passgenau beauftragt.

AP 13: Anpassung und Optimierung des Prüfverfahrens

In Abstimmung mit dem Auftraggeber, der Prüfkommision und dem Verkehrsministerium nimmt der Auftragnehmer während und nach der ersten Prüfrunde erforderliche Anpassungen am aktuellen Prüfverfahren vor. Dafür beobachtet er von Beginn der Prüfphase an die Funktionalität sämtlicher Prüfelemente und ihr Zusammenspiel. Er identifiziert die Stellen mit Optimierungsbedarf, entwickelt dafür Lösungsvorschläge, stimmt sie mit den entsprechenden Akteuren ab und setzt sie anschließend um. Darüber hinaus setzt er sich mit den Anpassungswünschen der Prüfkommision, der Antrag stellenden Kommunen sowie des Verkehrsministeriums auseinander. Er entwickelt Lösungsvorschläge und setzt diese nach Abstimmung um. Je nach Art der Anpassung wird sie entweder in der laufenden Prüfphase oder nach Abschluss der Prüfphase vorgenommen. Alle Anpassungen sollten jedoch so rechtzeitig umgesetzt sein, dass sie schon in der nachfolgenden Prüfphase greifen können.

AP 14: Unterstützung bei Vorbereitung und Durchführung der Auszeichnungsfeier

Die Kommunen, die das Prüfverfahren erfolgreich durchlaufen haben, werden im Rahmen einer Auszeichnungsfeier vonseiten des Verkehrsministeriums offiziell bekannt gegeben und gewürdigt. Der Rahmen, in dem die Auszeichnungsfeier stattfindet, variiert ebenso wie die Anzahl der auszuzeichnenden Kommunen. Unter allen Umständen jedoch dauert die Auszeichnungsfeier maximal eine Stunde und es werden die folgenden grundsätzlichen Leistungen benötigt:

- Ansprechender feierlicher Ablauf für die Auszeichnungsfeier (Programm, Regieplan)
- Unterstützung bei der Zusammenstellung der Inhalte für die Feier (z.B. Präsentation zur neuen Landesauszeichnung, Briefing Laudator*in)
- Präsentation zu den ausgezeichneten Kommunen, um die Auszeichnung angemessen und ansprechend zu illustrieren (kalkuliert über AP 15)
- Pressemitteilung im Entwurf für das VM (kalkuliert über AP 6)
- Herstellung der Zertifikate (kalkuliert über AP 16)

Sollte der Auftraggeber vom Auftragnehmer weitere Leistungen zu diesem AP benötigen (z.B. Anmietung geeigneter Räumlichkeiten, Raumgestaltung, Technik, Catering), behält sich der Auftraggeber eine zusätzliche Beauftragung vor.

Bei seiner Kalkulation geht der Bieter bitte von einer Auszeichnungsfeier in Präsenz aus. Das AP wird in der erforderlichen Menge passgenau beauftragt.

AP 15: Herstellung einer Präsentation zur ausgezeichneten Kommune

Der Auftragnehmer erstellt eine Präsentation mit max. acht Folien pro ausgezeichnete Kommune, die die Zertifizierung angemessen und ansprechend illustrieren (z.B. Fotos, Abbildungen oder Zahlen, die die Stärken der Kommune in der Fußverkehrsförderung verdeutlichen).

Bei seiner Kalkulation geht der Bieter bitte von einer auszuzeichnenden Kommune aus. Das AP wird in der erforderlichen Menge passgenau beauftragt.

AP 16: Herstellung eines Zertifikats und eines Logo-Sets

Der Auftragnehmer ist für die Herstellung der Zertifikate für die ausgezeichneten Kommunen zuständig. Dafür stellt der Auftraggeber dem Auftragnehmer die offene Graphikdatei für das Zertifikat zur Verfügung, sodass er den Inhalt der Zertifikate kommunenspezifisch anpassen kann. Der Auftragnehmer übernimmt zudem den Druck und die Rahmung der Zertifikate im A3-Format in angemessener Qualität und den Versand an eine Adresse in Baden-Württemberg.

Der Auftragnehmer ist ferner dafür zuständig, für die zertifizierten Kommunen jeweils ein individuelles Logo-Set zu erstellen. Das Logo-Set beinhaltet das Logo der Landesauszeichnung spezifiziert für eine Kommune in unterschiedlichen Dateiformaten, gegliedert nach Dateien für Print und für Web. Für Print umfasst es mindestens die Dateiformate ai, eps, jpg, pdf und tif, für Web die Dateiformate jpg und png. Das Logo liegt in RGB, CMYK und schwarz-weiß vor. Der Auftragnehmer erhält vom Auftraggeber das Logo zur Landesauszeichnung Fußgängerfreundliche Kommune als offene Datei sowie ein Richtlinien-Blatt zum Umgang mit dem Logo. Im Logo anzupassen ist zumindest der Kommunename. Weitere kleinere Anpassungen können in Abhängigkeit von der Ausgestaltung des Logos notwendig werden.

Bei der Kalkulation geht der Bieter von je einem Zertifikat und Logo-Set aus. Das AP wird in der erforderlichen Menge passgenau beauftragt.

AP 17: Moderation der Auszeichnungsfeier

Der Auftragnehmer sorgt für die Moderation der Auszeichnungsfeier. Fachlich und vom Auftreten passt sie zum Anlass der Veranstaltung.

AP 18: Fotograf für die Auszeichnungsfeier

Ein professioneller Fotograf hält die Auszeichnungsfeier in Bildern fest.

AP 19: Externer Referent für die Auszeichnungsfeier

Der Auftragnehmer macht Vorschläge zu einem externen Referenten, der im Rahmen der Auszeichnungsfeier für einen fachlich passenden Beitrag sorgt. Nach Abstimmung mit dem Auftraggeber organisiert der Auftragnehmer den Experten und betreut ihn.

AP 20: Übergabe des Verfahrens an ein nachfolgendes Fachbüro

Bei einem Wechsel des Auftragnehmers übergibt der aktuelle Auftragnehmer alle relevanten Dateien in offenem Format an den künftigen Auftragnehmer. Er verfasst einen Leitfaden, der das fachliche und methodische Vorgehen für das nachfolgende Fachbüro verständlich und in ausreichendem Detaillierungsgrad darlegt, und zwecks Wissenstransfer führt er einen halbtägigen Übergabetermin in Videokonferenz mit dem Nachfolger durch. In der Anfangsphase der Übernahme steht er darüber hinaus für Rückfragen zum Verfahren per Telefon oder E-Mail im Sinne einer Pauschale zur Verfügung.

8. Allgemeine Anforderungen

Neben den beschriebenen Arbeitspaketen werden folgende allgemeine Anforderungen an den Auftragnehmer gestellt:

- 1.) Der Auftragnehmer verfügt über eine Webex-Lizenz, um die digitalen Besprechungen und Sitzungen im Rahmen der Landesauszeichnung ausrichten zu können.
- 2.) Alle Arbeitspakete führt der Auftragnehmer in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber sowie in Teilen mit Expertenkreis, Prüfungskommission und Verkehrsministerium durch. Entsprechende Korrekturschleifen und Freigabezeiträume sind einzuplanen.
- 3.) Um den Beratungsaufwand in der Prüfungskommission überschaubar zu halten, wird vom Auftragnehmer erwartet, dass er insbesondere bei der Antragsprüfung und –bewertung aufgrund seiner fachlichen Expertise erste Abwägungsprozesse eigenständig, aber dennoch transparent vornimmt.

Aus Sicht des Auftraggebers ist es zweckmäßig, dass die Landesauszeichnung von zwei Mitarbeitern des Fachbüros begleitet wird, die untereinander einen fachlichen Diskurs führen. Beide Ansprechpartner sollen mindestens auch an den Sitzungen der Prüfungskommission und an dem möglichen weiteren Austauschformat teilnehmen.

- 4.) Das Prüfverfahren kann vom Auftragnehmer eine hohe organisatorische Flexibilität beim Ablauf des Verfahrens erfordern.

Anlagen

Anlage 1	Kalkulationsblatt in gesonderter Datei
Anlage 2	Allgemeine Geschäftsbedingungen der NVBW (Stand 2020) in gesonderter Datei
Anlage 3 und 4	Besondere Vertragsbedingungen und Muster für Tariftreueerklärung (siehe gesondert bei Vordrucken)
Anlage 5	Vordruck für Erklärungen in Vergabeverfahren (Kapitel 4.2 Teil 1 und Kapitel 5.1) (siehe gesondert bei Vordrucken)